

Wie Bröckner.

1924 I

1535

1924 I 1535

Die
Börsensteuer.

Eine finanzwissenschaftliche Studie

von

Dr. Robert Friedberg.



Berlin, 1875.

Puttkammer & Mühlbrecht
Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.
64 Unter den Eichen.

1924 I 1535

Die
Börsensteuer.

Eine finanzwissenschaftliche Studie

von

Dr. Robert Friedberg.



Berlin, 1875.

Puttkammer & Mühlbrecht
Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.
64 Unter den Linden.



I.

Die theoretische Begründung der Börsensteuer.

Auf den Budgets aller civilisirten Staaten finden wir unter den Einnahmen eine Position, welche in Deutschland den Namen Stempelsteuer, Stempelgebühr oder auch Taxen führt. Die Bezeichnungen umfassen aber nicht eine einzelne Steuer oder Gebühr, sondern verschiedene Gruppen, welchen nur der Modus der Erhebung, der Stempel, gemeinsam ist. Gewisse Schriftstücke, welche das Gesetz bezeichnet, müssen entweder auf mit Stempel versehenem Papier, das der Staat verkauft, geschrieben sein, oder es wird durch das Aufkleben einer Stempelmarke die Entrichtung der Steuer dokumentirt. Es muß beiläufig bemerkt werden, daß der Stempel zum Zwecke der Steuererhebung auch noch bei anderen Steuerobjekten vorkommt, z. B. bei Spielkarten und Zeitungen, daß diese Steuern aber den Aufschlägen angehören und nichts mit der eigentlichen Stempelsteuer zu thun haben. Unzweifelhaft dagegen ist, daß auch andere Gruppen von Steuern, welche nicht in der Form des Stempels gezahlt werden, doch ihrem Charakter nach im untrennbaren Zusammenhange mit den Stempelsteuern stehen.

Versuchen wir nun die letzteren ihrem Wesen nach zu definiren, so zeigt sich bei genauerer Betrachtung, daß sie so ungleichartig sind, daß nur die gemeinsame Art der Erhebung den Irrthum veranlassen konnte, sie als eine einheitliche Kategorie von Steuern aufzufassen. Nichts destoweniger sind zwei hervorragende Versuche gemacht worden, die Stempelsteuern auf ein gemeinsames Prinzip zurückzuführen, nämlich von Dr. Alexander Meyer*) und von Besobrasof,**) und es ist nothwendig bevor wir weitergehen, die Resultate, zu denen die genannten Autoren gelangen, einer genaueren Prüfung zu unterwerfen.

Anknüpfend an Rau, diesen entschiedenen Gegner der Stempelsteuer, der nur beiläufig äußert, „man könne sie als eine Gebühr ansehen, die der Bürger zu geben hat, wenn er gewisse Privatrechte zu seinem Vortheil benutzt, z. B. wenn er von dem Wechselrechte Gebrauch macht um einen Wechsel auszustellen“, sucht Dr. Meyer den Gedanken durchzuführen, daß wir es hier wirklich mit einer Gebühr für die vom Staate geleisteten Dienste zu thun haben. Der Staat, so lautet seine Beweisführung, hat als eine Anstalt für den Rechtsschutz zwei Funktionen. Seine erste besteht darin, die Herrschaft, die faktische Macht, welche der Einzelne über die Dinge ausübt, in Recht zu verwandeln, seine zweite soll dies Recht schützen gegen die Anfechtungen der einzelnen Uebelthäter, welche dem allgemeinen Rechtsbewußtsein zuwider es antasteten möchten. Weil nun der Staat in seiner

*) Dr. Alexander Meyer: Ueber Stempelsteuern, in der *Faucher-Michaelis'schen Vierteljahrschrift* 1864, 3. Bd.

**) Besobrasof, *impôts sur les actes*, première partie in den *mémoires de l'académie de Pétersbourg* VII serie T. X. No. 14.

ersten Funktion unsere Herrschaft durch seine Sanktion in Recht verwandelt, so müssen wir ihn auch, da er kein unentgeltliches Naturprodukt, sondern eine menschliche Einrichtung ist, dafür bezahlen, und dies geschieht durch die Stempelsteuer, während wir ihn für die zweite Funktion durch die Gerichtskosten entschädigen. Daraus folgt die Nothwendigkeit einer Besteuerung sämtlicher schriftlicher Rechtsgeschäfte durch den Stempel, während die formlosen Verträge, die Herr Dr. Meyer überhaupt verwirft, durch Entziehung der Klagbarkeit unmöglich gemacht werden sollen.

So bestechend diese ganze Argumentation klingen mag, so läßt sie sich doch von zwei Seiten anfechten, vom Standpunkt des Staats und vom Standpunkt des Rechts. Der Staat ist überhaupt nicht nur eine Anstalt für den Rechtsschutz, wenn dieser auch einer seiner hauptsächlichsten Zwecke ist, sondern ist nach der Lehre der neueren Staatsrechtslehrer, namentlich Gneist's,*) diejenige Organisation, welche nothwendig begründet in der sittlichen Natur des Menschen, dazu berufen ist, die gesellschaftlichen Gegensätze, die sich rücksichtslos befehden, zu überwinden; er ist mit anderen Worten die zur bürgerlichen Freiheit organisirte Gesellschaft. In dieser seiner Bestimmung hat er eine Rechtsordnung zu schaffen, welche ihren Zweck wirklich erfüllt, welche dem bellum omnium contra omnes Halt gebietet, und diese Rechtsordnung soll nicht einem besonderen Individuum, sondern der Gesamtheit zum Vorthail gereichen. Wenn daher nach dem obigen Beispiel ein Wechselrecht existirt, so kann dies nur aus dem Grunde der Fall sein, weil unsere Volkswirth-

*) Gneist, der Rechtsstaat, Berlin 1872, S. 6 ff.

schaft ein solches Rechtsinstitut zu Gunsten unserer Kreditverhältnisse nothwendig erfordert, und nicht nur der hat den Vortheil davon, welcher einen Wechsel ausstellt, sondern die Wirthschaft der Gesamtheit ist ebenfalls dabei interessirt. Und wenn nun diese Gesetzgebung wegen der für dieselbe nothwendigen Organe Kosten verursacht, so müssen diese der Gesamtheit zur Last fallen und nicht in der Form der Gebühr, sondern in der der Steuer aufgebracht werden.

Noch leichter ist die Widerlegung vom Standpunkte des Rechts, denn die obige Scheidung von Recht und Rechtsschutz ist an und für sich schon ganz unhaltbar. Das Recht ist nothwendiger Weise immer erzwingbar und darin gerade wurzelt sein Unterschied von der Moral. Das Recht zwingt den Uebertreter seiner Normen, vor dem Richterstuhle der Moral hat die erzwungene Handlung keinen Werth, während andererseits wieder eine bloße Rechtstheorie ohne Rechtsschutz, wie z. B. in vielen Fällen das Völkerrecht, nur einen sehr illusorischen Werth hat. Von einer doppelten Vergütung der Staatsleistung einmal für das Recht selbst, und zweitens für den Rechtsschutz kann daher keine Rede sein, da beide untrennbar sind, und die Verleihung des einen ohne den anderen vollständig werthlos wäre.

Ganz ähnlich dieser von Dr. Meyer aufgestellten Theorie ist die von Besobrasof. Auch sie geht aus von dem Gebührenprinzip und gründet sich auf die Voraussetzung: *La protection accordée par l'État à la propriété et aux personnes est de deux espèces, elle est ou préventive (les services de l'administration et de la police et la partie de la justice appelée juridiction, freiwillige Gerichtsbarkeit,) ou répressive (les services de la justice).* Demnach



werden nun die Gebühren in zwei Klassen getheilt. Die an den Staat zu leistenden Entschädigungen für die ersten Dienste, unter denen namentlich auch die Aufstellung von Rechts- und Verkehrsnormen verstanden wird (*tout cet ordre légal des choses et de la vie humaine, établi par l'État*), bilden die eigentlichen *impôts* sur les actes während die zweite Art von Diensten die Gerichtskosten nothwendig macht. Man sieht, es ist fast ganz die Meyer'sche Theorie, nur noch etwas weitergehend, denn der Verfasser schwingt sich glücklich bis zu dem Sage empor: *Il est indubitable que tous les citoyens jouissent dans une certaine mesure de cette sécurité qui leur est offerte par l'État mais le degré de cette jouissance est différent.* Diese Behauptung noch einmal zu widerlegen, halten wir überflüssig. Sie kommt schließlich darauf hinaus, daß nur der Besizende Interesse an staatlicher Ordnung hat, während doch gerade der Schwache, der Besitzlose doppelt des staatlichen Schutzes bedarf, um in dem gesellschaftlichen Interessenkampfe seine Unabhängigkeit und Menschenwürde gegen den übermächtigen Besizenden zu behaupten.

Wollen wir somit die Stempelsteuer richtig erkennen, so bleibt kein anderer Weg übrig, als die einzelnen Gruppen von Steuern, die sie umfaßt, auch einzeln zu betrachten. Im Wesentlichen giebt es deren zwei, nämlich Stempel auf Eingaben und Bescheide an und von Behörden, und solche auf Dokumente über Rechtsgeschäfte. Diese letzteren zerfallen wiederum in Quittungen, Uebertragungen (dauernde, Kauf, Schenkung, Erbschaft, u. — zeitweilige, Pacht und Miethen) und Schuldscheine. Man sieht sogleich, daß die erste Gruppe ihrem Wesen nach mit der zweiten nichts gemein hat, sondern

daß sie bei den Gebühren ihren Platz finden sollte. Es ist ganz in der Ordnung, daß derjenige, welcher in seinem Specialinteresse eine Thätigkeit der Behörde hervorruft, auch dafür besonders bezahlt, und zwar muß die Höhe der Gebühr sich ergeben aus einer Kombination der dem Staate verursachten Kosten und des Werthes, welchen die betreffende Leistung für den Empfangenden hat. Eine zu hohe Gebühr würde bereits wieder eine andere Art der Besteuerung sein, die um so mehr unzumuthbarer wäre, als sie viele Staatsbürger abhalten würde, von den besonderen Leistungen der Verwaltung Gebrauch zu machen. Wir können jedoch hier unmöglich auf das System der Gebühren näher eingehen und wollen nur einfach wiederholen, daß diese Gruppe mit Unrecht einer besonderen Stempelsteuer untergeordnet wird, sondern ihre Stellung in dem Gebührensystem selbst erhalten muß. *)

Die zweite Gruppe von Stempelsteuern dagegen enthält eine Besteuerung von Dokumenten, wie sie im wirtschaftlichen Verkehr vorkommen. Wie kommt man dazu, diese Dokumente einer besonderen Besteuerung zu unterwerfen? Es ist das unbestreitbare Verdienst Lorenz Stein's, diese Frage endlich durch seine Verkehrssteuertheorie in befriedigender Weise beantwortet zu haben. Da wir jedoch in Einzelheiten, namentlich in der Klassifizierung der Verkehrssteuern, von ihm abweichen, erscheint es unerlässlich, auf das Steuersystem selbst einzugehen, um unseren Standpunkt näher zu begründen.

*) Siehe über die Gebühren: Stein, Finanzwissenschaft 2. Aufl. S. 215 ff. und S. 468 ff. Rau-Wagner, Finanzwissenschaft § 95–105 und § 107–110. Umpfenbach, Finanzwissenschaft § 23.

Der Staat bedarf zu seiner Existenz der Bedürfnissbefriedigung durch Sachgüter. Diese Bedürfnisse selbst sind zu verschiedenen Zeiten verschiedene gewesen. Je mehr die Entwicklung des Staatslebens sich der modernen Verwaltung nähert, desto größer wird der Staatsbedarf und so hängen denn auch die Einnahmen, die der Staat sich verschafft und verschaffen muß, eng zusammen mit der Staatsform und ihrer Verwirklichung in der Verwaltung. So sehr wir in dem Zeitalter der Lehnverfassung, daß der geringe Staatsbedarf befriedigt wird durch das domanium des Landesherrn, ein Zustand, der sich noch in der heutigen Zeit in geringen Resten, den Staatsdomänen, theilweise erhalten hat. Mit dem Aufblühen des modernen Beamtenstaates und dem Dahinwelken der Stände mit ihren persönlichen Leistungen mußte der Staatsbedarf in stetem Wachsthum begriffen sein und neue Staatseinnahmen erfordern, als der privativirthschaftliche Ertrag der Domänen nicht mehr zu seiner Deckung ausreichte. Man verfiel daher auf das Mittel, sich mit der Regalisierung verschiedener privativirthschaftlicher Produktionszweige zu helfen und suchte sich durch deren Selbstbetrieb, Verleihung, Verpachtung u. neue Einnahmequellen zu eröffnen. Erst in einer späteren Periode tritt noch ein anderes Element außer dem finanziellen zu dem Begriff des Regals hinzu, nämlich die sogenannten Hoheitsrechte, deren Summe den Inhalt des Verwaltungsrechtes bildet. Ein drittes Stadium der Entwicklung bezeichnet der moderne Zustand, daß man beide Elemente wieder von einander trennte und den Begriff des Regals ganz fallen ließ. Denn wenn man heute noch zuweilen von Regalien spricht, so hat man dabei die vom Staate mono-

polifirten Gewerbszweige im Auge, welche jedoch in zwei verschiedene Kategorien zerfallen und überhaupt ganz anderen Begriffen als dem des Regals zu subsummiren sind. Haben sie lediglich den Zweck, dem Staate besondere Einnahmen zu verschaffen, so sind sie nichts als eine besondere Erhebungsform von Verbrauchsteuern. Sind sie dagegen solche wirtschaftliche Unternehmungen, deren Sicherheit und Existenz im Interesse der Gesamtheit liegt und die daher nicht dem Zufall und der freien Konkurrenz überlassen werden dürfen, so sollen sie dem Staate überhaupt keine Einnahme verschaffen, sondern die durch sie entstehenden Unkosten dürfen höchstens gedeckt werden durch Entschädigungen solcher, welche diese Anstalten benutzen. Sie fallen daher unter die Kategorie derjenigen Verwaltungsleistungen, welche nach dem Gebührenprinzip behandelt werden und es ist kein Grund vorhanden, sie, wie Stein thut, unter dem besonderen Namen der Regalien zusammenzufassen und dadurch die alte Bezeichnung mit neuem Inhalt wieder aufleben zu lassen. *)

Der Begriff des Regals in seiner finanziellen Bedeutung führte uns bereits zu derjenigen Einnahmequelle, welche gegenwärtig alle anderen an Bedeutung überwiegt, zu den Steuern i. w. S. Sie sind Auflagen, welche zwangsweise vermöge der Finanzhoheit des Staates von den Einzelwirtschaften erhoben werden. Sie treten naturgemäß dann auf, wenn sich die Verwaltung im modernen Sinne ganz entwickelt hat, d. h. wenn der Staat eine Menge von Kulturaufgaben zu lösen übernommen hat, die man früher der freien Hingebung der einzelnen beteiligten Gesellschaftskreise

*) Stein, Finanzwissenschaft S. 184 ff. Dagegen Rau-Wagener § 109.

überließ. Aber gerade hinsichtlich dieser Staatsleistungen und der für ihre Ausführung nothwendigen Mittel lassen sich zwei verschiedene Finanzprinzipien in Anwendung bringen. Erstlich nämlich können die Leistungen des Staates solche sein, welche einzelnen Personen speziell zu Gute kommen und nur von diesen hervorgerufen werden, so daß sich auch ein spezieller Entgelt, die Gebühr, welche die provozirten Kosten decken soll, rechtfertigt. Zweitens dagegen kommen diejenigen Leistungen in Betracht, welche allen Staatsbürgern gleichmäßig zu Gute kommen. Sie schließen ihrer Natur nach jeden speziellen Entgelt aus; vielmehr muß zu ihrer Kostendeckung Jeder ohne Ausnahme, so weit die privatwirthschaftlichen Staatseinnahmen nicht ausreichen, in der Form der Steuer i. e. S. beitragen. Die Prinzipien, nach denen die letztere ungelegt werden soll, sind im höchsten Grade streitig. Im Allgemeinen hat man sich an die vier „klassischen“ Steuerregeln Adam Smith's gehalten, die jedoch keineswegs, was den von ihm angelegten Maßstab der Besteuerung betrifft, vollständig befriedigen können. *) Denn die erste jener Regeln, die da lautet: „Die Unterthanen eines jeden Staates sollen zum Unterhalt der Regierung so annähernd als möglich im Verhältniß ihrer Leistungsfähigkeit beitragen, d. i. im Verhältniß des Einkommens, dessen sich ein Jeder unter dem Schutze des Staates erfreut,“ enthält eine Gleichsetzung von zwei Begriffen, welche sich schlechterdings nicht decken. Die Leistungsfähigkeit des Einzelnen hängt durchaus nicht einzig und allein von dem Einkommen ab, sondern ist bei jedem Menschen nach seiner

*) Adam Smith, *Wealth of nations*, book V. chap II, part II.

gewohnten Lebensweise, der Größe seiner Familie, der Art seines Einkommens, kurz nach seiner ganzen Individualität verschieden. Es ist daher auch unmöglich einen Maaßstab anzulegen, welcher in jedem einzelnen Falle variiert und dem also überhaupt alle Eigenschaften eines wirklichen Maaßes abgehen.

Anderes verhält es sich mit dem Begriff des Einkommens. Der oberste Grundsatz der Besteuerung, der sich schon aus dem Begriff der Steuer selbst ergibt und der auch implicite in dem angeführten Smith'schen Satze ausgesprochen liegt, ist der der gerechten Vertheilung der Steuerlast auf Alle ohne Ausnahme. Die Steuerquelle, welche die Mittel zur Zahlung liefert, ist der Reinertrag der volkswirtschaftlichen Produktion, welcher sich auflöst in die besonderen Einkommen der einzelnen Staatsbürger. Demgemäß muß das nach Tauschwerth gemessene reine Einkommen der Einzelnen das Maß der Besteuerung sein. In der Zugrundelegung desselben wird auch dem Grundsatz der Gerechtigkeit genügt, da wir es hier mit einem ganz konkreten Maßstabe zu thun haben und es sich also nur noch um seine richtige Anwendung handelt. Streiting könnte dagegen sein und ist es auch bis zu einem gewissen Grade, wie man das Einkommen selbst definiren soll. Diese Frage ist in einem Aufsatze von Schmoller gründlich erörtert und das Resultat der dortigen Untersuchungen wollen wir mit seinen eigenen Worten wiedergeben:*) „Einkommen ist die Summe von Mitteln, welche der Einzelne, ohne in seinem Vermögen zurückzukommen, für sich und seine Familie, für seine geistigen und körperlichen Bedürfnisse, für

*) Tübingen Zeitschrift Bd. 19, 1863.

seine Genüsse und Zwecke, kurz für Steigerung seiner Persönlichkeit in einer Wirthschaftsperiode verwenden kann. Das Einkommen, wie wir es nach Herrmann auffassen, ist also keine Ertragstheorie, kein Produkt eines beliebigen wirthschaftlichen Rechenexempels, sondern ein lebendiges Ganze, wie es aus dem Begriffe der Persönlichkeit in ihrem Zusammenhange mit der Bedürfnisbefriedigung hervorgeht. Dies ist die wahre Grundlage unseres Einkommensbegriffes, mit dem Produktionsprozeß steht er nur im mittelbaren Zusammenhange. Zum Einkommen gehört also nicht blos der im Tauschverkehr erscheinende Reinertrag dieses oder jenes Gutes, dieses oder jenes Geschäfts, sondern auch jeder unmittelbare Verbrauch, der in der Benutzung eines eigenen Hauses, eigener Pferde, eines eigenen Gartens oder auch nur in dem Genusse der Möglichkeit einer solchen Benutzung liegt.“

Glauben wir somit die Grundlage für eine gerechte Besteuerung in dem Einkommen gewonnen zu haben, so scheint die natürliche Konsequenz zu sein, daß eine einzige allgemeine Einkommensteuer dem Staate seinen Bedarf zu decken am geeignetsten ist. Und in der That giebt es zahlreiche Anhänger dieser Idee, die ebenso lebhaft von anderer Seite bekämpft wird. Ohne uns weiter auf diesen Streit, der noch immer unentschieden hin- und herwogt, einzulassen, müssen wir doch sagen, daß es keineswegs Aufgabe der Wissenschaft sein kann, einem bis jetzt noch nirgends verwirklichten Ideal sich völlig hinzugeben, und daß die Finanzwissenschaft ebenso wohl, wie die Volkswirtschaftslehre der historischen Grundlage nicht entbehren kann. Die Wissenschaft hat den Beruf, das historische Material zu durchforschen, die leitenden Grundbegriffe herauszuschälen und systematisch zu ordnen, kurz es

ist eine gesunde Verbindung von Deduktion und Induktion, welche jedem wahren wissenschaftlichen Erkennen zu Grunde liegt. Wenden wir dies auf die Finanzwissenschaft an, so sehen wir, daß das von uns scheinbar a priori konstruirte Prinzip der Besteuerung nach dem Einkommen sich auch wirklich in unseren heutigen Steuersystemen findet, ohne daß dieselben die Einkommensteuer anders, als subsidiär aufweisen. Vielmehr zeigen sie durchgängig, daß sie das Einkommen nicht im Ganzen, sondern in einzelnen Theilen zu erfassen suchen, und zwar entweder dann, wenn es als Consumption aus dem Vermögen des Einzelnen heraustritt, oder dann, wenn es als Ertrag einer produktiven Thätigkeit in dasselbe hineinfließt. Damit haben wir gleichzeitig die Hauptunterscheidung der Steuern in Aufwandsteuern (Aufschläge &c.) und Schenkungen, eine Eintheilung, die mit der in indirekte und direkte nicht völlig übereinstimmt. Die letztere bezieht sich nämlich nur auf den Modus der Erhebung, und zwar sind direkte Steuern solche, welche beim Steuerzahler selbst erhoben werden, indirekte solche, welche dritte Personen vorläufig zahlen, um sie erst später auf den eigentlichen Steuerzahler abzuwälzen. Ob diese Abwälzung nun wirklich in jedem einzelnen Falle vor sich geht, ist mehr als zweifelhaft und wird auch dadurch nicht entschieden, daß nach Lorenz Stein eigentlich jede Steuer überwälzt wird, weil sonst der Steuerzahler wirthschaftlich zu Grunde gehe. Darin liegt nur das Richtige, daß jede Steuersumme, um gezahlt zu werden, vorher verdient sein muß, eine Wahrheit, die wohl noch niemals bestritten worden ist, da sich der Steuerbetrag nach dem Einkommen richtet, und nicht umgekehrt das Einkommen nach einem etwa im Voraus fixirten Steuerbetrag.

Weil nun die meisten Aufwandsteuern zugleich indirekte sind, so ermangeln sie, wie diese überhaupt, der Sicherheit hinsichtlich ihrer gerechten Vertheilung und man hat ihnen daher in neuerer Zeit ihre Existenzberechtigung vielfach gänzlich absprechen wollen. Doch beweist ein Blick auf die Budgets der verschiedenen Staaten, daß noch heute der überwiegende Theil der Staatseinnahmen aus indirekten, namentlich Aufwandsteuern besteht, und es scheint, daß die Finanzpraxis noch lange nicht gewillt ist, auf diese Steuern zu verzichten, da namentlich die unteren Volksklassen schwerlich auf anderem Wege zu einem Beitrage zu den Staatslasten heranzuziehen sind.

Die zweite Hauptgattung von Steuern, die Schatzungen, erfassen das Einkommen dann, wenn es als Ertrag in das Vermögen hineinfließt. Daraus folgt, daß ihr System ein Komplex von Ertragssteuern ist. Die Grundlage desselben bilden die bekannten Einkommenszweige, die Grundrente, der Arbeitslohn, die Kapitalrente, und der Unternehmergewinn. Wenn wir den letzten als vierten Einkommenszweig hinzunehmen, so wollen wir damit keineswegs den theoretischen Streit entscheiden, ob derselbe wirklich eine besondere Einkommensart ist. Aus praktischen Gründen empfiehlt es sich jedoch, diese Frage für die Besteuerung zu bejahen, da das selbstständige Unternehmen wesentlich anders behandelt werden muß, als Arbeitslohn und Kapitalrente. Mit der Besteuerung dieser vier Einkommenszweige in der Grundsteuer, Kapitalrentensteuer, Lohnsteuer und Gewerbesteuer scheint auf den ersten Blick alles nur mögliche Einkommen getroffen zu sein. Aber wie auch das heutige Steuerrecht noch eine große Kategorie von Steuern, die Stempel-

steuern, kennt, die sich unter keine der eben genannten subsumiren lassen, so giebt es auch in der That noch Einkommen, welches von jenen vier Einkommenszweigen verschieden ist. Es ist, wie wir bereits hervorgehoben haben, das Verdienst Lorenz Stein's, Licht in diese bis dahin so verworrenen und mißverstandenen Verhältnisse gebracht zu haben, und wir können nichts Besseres thun, als das Fundamentalprinzip der Stempelsteuern mit seinen eigenen Worten aussprechen: „Während die Erwerbsteuer zu ihrem Steuerobjekt die Produktion einer Unternehmung als Ganzes im Auge hat, entsteht da, wo ein einzelnes Erwerbsgeschäft als solches dem Einzelnen Ertrag bringt, die Verkehrssteuer oder Besteuerung des in dem Einzelgeschäft liegenden Erwerbes, und diese Steuer heißt auch vermöge der Hauptform, in der sie erhoben wird, die Stempelsteuer.“*) Die Besteuerung des einzelnen, des zufälligen, des außergewöhnlichen Erwerbsgeschäfts also, im Gegensatz zu der Gesamtheit der den regelmäßigen Gewerbebetrieb bildenden Geschäfte, ist der Gedanke, welcher den Verkehrssteuern zu Grunde liegt.

Welche sind nun jene außerordentlichen Erwerbsgeschäfte? Zunächst doch alle solche Uebertragungen zu Eigenthum, welche unter lukrativem Titel erfolgen, also Schenkung und Erbschaft. Dann eine Reihe von Erwerben unter onerosen Titel, denen das Kriterium des Zufälligen, Außergewöhnlichen ebenfalls anhaftet. Dasselbe kann sich befinden entweder auf Seiten des erwerbenden Subjekts und wir haben dann diejenigen Erwerbsgeschäfte, welche von Solchen gemacht werden, die überhaupt kein reguläres Gewerbe be-

*) Stein, Finanzwissenschaft S. 466, vergl. auch die ähnliche, aber noch unvollkommene Theorie bei Hock, Abgaben und Schulden S. 234 ff.

treiben oder doch ein anderes, als das, dem der betreffende Erwerb angehört, oder es befindet sich auf Seiten des erworbenen Objekts, und das ist der Fall, wenn Güter den Eigenthümer wechseln, welche ihrer Natur nach nicht Gegenstand eines regulären Gewerbebetriebes sein können, also Immobilien und stehende Produktivkapitalien. Eine Unterart der letzteren außergewöhnlichen Erwerbsgeschäfte ist der Fall, daß solche stehende Produktivkapitalien und Immobilien in ideelle Theile zerlegt und diese übertragen werden. Die dritte Art des außergewöhnlichen Erwerbes endlich besteht darin, daß Obligationen, namentlich Schuldscheine, schon vor dem Termine ihrer Erfüllung als Zahlungsmittel in Umlauf gesetzt werden und daher ein Wertherwerb durch Inanspruchnahme des Kredits erzielt wird. Für die Gesammtheit der außerordentlichen Erwerbsgeschäfte erhalten wir also folgende Uebersicht:

I. Alle Erwerbsgeschäfte unter lukrativem Titel:

- a) Schenkung.
- b) Erbschaft.

II. Außergewöhnliche Erwerbsgeschäfte unter onerosom Titel:

- a) Außergewöhnlich durch das Subjekt: Wenn Jemand einen einzelnen Erwerb macht, der überhaupt kein Gewerbe betreibt, oder ein anderes, als das, dem dieser Erwerb angehört.
- b) Außergewöhnlich durch das Objekt: Uebertragung von Gütern, die ihrer Natur nach nicht Gegenstand eines regelmäßigen Gewerbebetriebes sein können, und zwar:
 - 1) Uebertragung der Güter selbst,
 - 2) Uebertragung einzelner ideeller Theile derselben.

III. Wertherwerb durch Zinnumlaufsetzen einer noch nicht zu erfüllenden Obligation.

Diese außergewöhnlichen Erwerbsgeschäfte zu besteuern, hat nun in der Praxis seine Schwierigkeiten, doch muß man so gut als es geht, dieselben zu überwinden suchen.

So werden Schenkungen immerhin schwer zu kontrolliren sein; wo dieselben aber wahrnehmbar sind, z. B. bei Grundstücken, bestehenden Etablissements u. s. w., müssen sie zur Steuer herangezogen werden.

Viel leichter ist die Erhebung der Steuer bei Erbschaften, die wegen der Mitwirkung der richterlichen Behörden bei den Erbschaftsregulirungen, oder wo diese ausgeschlossen ist, anderweitig leicht festzustellen sind.

Von den sub II. a genannten außergewöhnlichen Erwerbsgeschäften konnte unter der früheren Zunftverfassung der Gewerbe kaum die Rede sein, vielmehr sind dieselben erst in der heutigen Zeit mit ihrer unbeschränkten Gewerbefreiheit möglich geworden. Aber gerade in der letzteren liegt die Unmöglichkeit, das Vorkommen aller dieser Geschäfte zu kontrolliren, und man wird daher wohl oder übel ganz auf ihre Besteuerung verzichten müssen. Doch hat auch dieser Punkt seine Bedeutung, wenn er, wie wir nachher sehen werden, als Moment zu einer andern Art außergewöhnlichen Erwerbes hinzutritt.

Die Besteuerung der außergewöhnlichen Erwerbsgeschäfte sub II. b ist wiederum ganz leicht durchzuführen und es existiren auch in der That in allen Staaten Abgaben von den Uebertragungen des unbeweglichen Eigenthums, ferner Emissionssteuern auf die Aktien neugegründeter

Aktiengesellschaften, die wir nicht als Quittungssteuern, sondern als Uebertragungssteuern von stehendem Produktivkapital, die der neue Erwerber, also die Aktiengesellschaft, zu zahlen hat, auffassen und die in anderer Form bei allen Gründungen und Uebertragungen von Etablissements erhoben werden sollten.

Ganz derselbe Fall liegt vor, wenn man das unbewegliche Eigenthum und stehende Produktivkapital in der Weise mobilisirt, daß ihr Werth abgetrennt, in ideelle Theile zerlegt, und nun in Scheinen auf eine Summe Geldes lautend, wie eine bewegliche Waare hin und hergehandelt wird. Hierhin gehören die Aktien von Banken und industriellen Unternehmungen, die Renten- und Pfandbriefe, Hypotheken und Prioritäten, endlich die Staatspapiere, da sie ja auch als nichts anderes, als eine besondere Art des Rentenkaufs zu betrachten sind.

Die letzte Art endlich (sub III.) begreift Schuldscheine aller Art, namentlich die Wechsel. Alle diese Obligationen dürfen jedoch der Steuer erst dann unterliegen, wenn sie vom Gläubiger cedirt werden.

Man sieht, daß diese aus dem Begriff des außerwöhnlichen Erwerbsgeschäftes von uns abgeleiteten Arten der Stempelsteuer, die wir besser mit dem von Stein ihnen gegebenen Namen der Verkehrssteuern bezeichnen, nicht völlig mit den von uns auf Seite 7 aus der Praxis entnommenen Steuerkategorien der Quittungen, Uebertragungen und Schuldverschreibungen übereinstimmen. Namentlich läßt sich die Stempelpflichtigkeit der ersteren durchaus nicht rechtfertigen, da die Ausstellung von Quittungen, Rechnungen, Konto-

korrenten u. s. w. ein Akt ist, welcher dem regulären Gewerbebetrieb angehört, also durch ihre Besteuerung eine Doppelbesteuerung der Gewerbetreibenden eintreten würde. Ebenso wenig läßt sich für die Stempelpflichtigkeit vieler Verträge, z. B. Pacht- und Miethverträge, ein triftiger Grund angeben, weil der Ertrag aus denselben schon in den Schätzungen besteuert ist. Auch ist die Wechselstempelsteuer nicht ganz unanfechtbar. Denn einmal kann man wohl bei unseren entwickelten Kreditverhältnissen kaum sagen, daß das Inumlautsetzen eines Wechsels ein außergewöhnliches, zufälliges Erwerbsgeschäft wäre, zweitens haben viele Wechsel, namentlich die kurzen, gar nicht den Zweck des Kreditgebens oder -nehmens, sondern dienen nur zur bequemerer Regulierung der kaufmännischen Zahlungen. Daß auch der Handel mit Wechseln von jeder Verkehrssteuer befreit bleiben muß, versteht sich nach unserer Auffassung von selbst, da er für den kaufmännischen Verkehr nothwendig ist und sein Ertrag bereits der Gewerbesteuer der Bankgeschäfte unterliegt.

Müssen wir daher manche der bestehenden Verkehrssteuern als wenig rationell und als theoretisch nicht zu rechtfertigend bezeichnen, so vermissen wir andererseits gänzlich eine Besteuerung der Uebertragungen von den unter Nummer II. fallenden Werthpapieren, mit Ausnahme etwa der Hypotheken. Es ist dies eine um so größere Ungerechtigkeit, als die Uebertragungen von Immobilien überall einer verhältnißmäßig schweren Steuer unterliegen, während die riesigen Umsätze, die an unseren Börsen täglich in Effecten gemacht werden, thatsächlich das Privileg der Steuerfreiheit genießen. Ihre theoretische Rechtfertigung hat diese Besteuerung des Effectenhandels, die wir kurzweg Börsen-

steuer nennen wollen, bereits in ihrer Ableitung als Steuer auf die Uebertragung von Theilen immobilien und fixen Produktivkapitals erhalten; es kommt jedoch noch ein Moment hinzu, was dieselbe noch annehmbarer macht.

Wir haben sub II.a derjenigen außergewöhnlichen Gewerbe gedacht, welche Jemand ohne regulären Gewerbebetrieb sich verschafft, und haben hinzugefügt, daß man auf die Besteuerung dieser Geschäfte unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit, die ihre Kontrolle unmöglich macht, verzichten müsse. Hier nun bietet sich ein Fall, wo sie erfassbar sind. Der Banquier, welcher an der Börse Effekten kauft, thut dies nur als Kommissionär seines Auftraggebers, welcher also durch jenen den Kauf abschließt. Da aber viele Effekten gekauft werden, nicht um als dauernde Kapitalanlage zu dienen, sondern um sie bei steigenden Kursen wieder zu veräußern, so kommt uns hier noch Artikel 271 des Handelsgesetzbuches zu Hilfe, welcher da lautet: „Handelsgeschäfte sind der Kauf oder die anderweite Anschaffung von Waaren oder anderen beweglichen Sachen, von Staatspapieren, Aktien, oder anderen für den Handelsverkehr bestimmten Werthpapieren, um dieselben weiter zu veräußern u. s. w.“ Wir haben hier also eine zahlreiche Klasse von Handelsgeschäften vor uns, welche gar keiner Besteuerung unterworfen sind. Man wird dagegen einwenden, daß nicht nur das Effekten kaufende Publikum, sondern auch die Banquiers untereinander mit solchen Papieren handeln, und daß also wenigstens diese Geschäfte, als dem regulären Gewerbebetrieb angehörend, von jeder Steuer befreit bleiben müßten. Hier sind zwei Fälle möglich. Wenn ein Banquier Effekten für eigene Rechnung

kauft, so will er sie entweder als Kapitalanlage für sein Privatvermögen, und dann steht er jedem Privatmann in derselben Lage gleich, oder er spekulirt, und dieser Fall allerdings muß besonders in's Auge gefaßt werden.

Wie Gustav Cohn richtig sagt, gehört die Börse und die sich darin knüpfende Spekulation zu denjenigen Gebieten, welche für die Wissenschaft noch so gut wie gar nicht erobert sind.*) Wir müssen hier gleich hinzufügen, daß das Wort „Spekulation“ für zwei Arten von Geschäften gebraucht wird, die man wegen ihrer ganz verschiedenen Natur nicht mit demselben Namen bezeichnen sollte, nämlich für den reellen und nothwendigen Spekulationshandel und für die von uns für völlig unproduktiv gehaltenen Differenzgeschäfte. Während nun die Einen wie den Spekulationshandel überhaupt, so auch die Agiotage als nothwendig und gerechtfertigt hinstellen, sehen die Andern in ihr nur ein ordinäres Hazardspiel und sprechen dem Spekulantem überhaupt den Charakter eines Geschäftsmannes ab. Je nachdem man sich für die eine oder die andere Ansicht erklärt, entscheidet sich auch die Frage nach der Besteuerung dieser Spekulationsgeschäfte. Ist der Agioteur ein Kaufmann, dann liegt kein Grund vor, seine Geschäfte außer durch die Gewerbesteuer noch einmal zu besteuern; ist er ein Spieler, dann löst sich sein ganzer Gewerbebetrieb in eine Reihe zufälliger Geschäfte auf, welche einer Verkehrssteuer unterliegen müssen. Die letztere Ansicht, für unsere Theorie die bequemere, nöthigt uns deswegen zu desto unbefangenerer Prüfung.

Während man in früheren Jahren den Spekulations-

*) Beitrag zur Statistik der Spekulation, in Hildebrands Jahrbüchern 16. Bd. 1871.

handel, namentlich den ausgedehntesten Zweig desselben, die Getreidespeculation, mit den ungünstigen Augen betrachtete, hat die neuere Wissenschaft auf das Ueberzeugendste nachgewiesen, daß gerade in ihm eines der therapeutischen Mittel vieler Nothstände zu suchen ist*). Vor Allem aber sind in neuerer Zeit die Arbeiten von Otto Michaelis bemerkenswerth, die mit Gründlichkeit die wirthschaftliche Rolle des Speculationshandels darzulegen suchen**). Das Resultat dieser Untersuchungen faßt Michaelis selbst in folgende Worte zusammen:

„Der Speculationshandel geht, wenn wir die Rolle, welche derselbe am Markte spielt, auf einen kurzen Ausdruck zurückführen sollen, aus einer Theilung der Arbeit des Handels hervor, indem die Speculation auf die Preisbewegungen sich sondert von der Thätigkeit der Heranziehung, Verwaltung und des Vertriebes der Marktvorräthe. Indem die Speculation eine verlässliche Meinung über die Zukunft der Preise bildet, die Gefahr der Preisbewegungen der Vorräthe übernimmt und Vorrathsmiethen zahlt, hilft sie die Bewegungen des Handels dem wirthschaftlichen Bedürfniß anpassen, ermöglicht sie die Ansammlung sichernder Marktvorräthe und übt sie gleichzeitig durch die Lebendigkeit ihrer Umsätze, in welche der Bedarfshandel jeden Augenblick seine Käufe und Verkäufe hineinschieben kann, und durch die Bewegungen der von ihr gezahlten Reports und Deports eine die Funk-

*) Roscher, Kornhandel und Theuerungspolitik 3. Aufl. 1852, S. 67 ff. Gustav Cohn, Die Börse und die Speculation. 2 Aufl. Berlin 1872.

**) Die wirthschaftliche Rolle des Speculationshandels. Volkswirthschaftliche Schriften Bd. 2. Berlin 1873.

tionen des Handels in regelmäßigem Gange erhaltende, die Preisbewegungen zu einem milderen Wogenschlage glättende und die Höhe der Vorräthe und das Verhältniß derselben zu einander regulirende Einwirkung auf den Verkehr des Marktes."

So sehr wir geneigt sind, die Richtigkeit dieser Sätze für den Spekulationshandel in Waaren zuzugeben, so problematisch erscheint sie uns hinsichtlich der Effektspekulation. Die letztere scheidet sich offenbar in zwei Hauptarten. Die eine ist dann an ihrem Platz, wenn es sich darum handelt, ein neues Unternehmen in's Leben zu rufen, um dem Anlage suchenden Kapital entgegen zu kommen, die andere hat die auf bereits bestehende Unternehmungen, Anleihen u. s. w. sich beziehenden Werthpapiere zum Gegenstande.

Im ersten Falle soll nach Michaelis das Hauptverdienst der Spekulation darin bestehen, daß sie durch richtige Voraussicht unter den konkurrirenden Projekten demjenigen sich zuwendet, dessen Ausführung am rentabelsten sein wird. Können wir dies nach den Erfahrungen der letzten Jahre wirklich noch zugeben? Haben wir nicht erlebt, daß einzelne gewissenlose Oliguen sich jedes nur möglichen Objectes zur Gründung einer Aktiengesellschaft bemächtigten, die Kurse durch schwindelhafte Machinationen in die Höhe trieben, und nachdem sie die dadurch entstandenen Gewinnste eingesteckt, die auf den Markt geworfenen Aktien ihrem Schicksal überließen? Das waren die „Leuchtfugeln, welche die Spekulation in das Dunkel der Zukunft warf,“ um das Publikum über den Werth oder Unwerth eines Unternehmens aufzuklären! Aber ist dieser Zustand nicht ein vorübergehender gewesen, sollte nicht, nachdem die Wogen der Spekulation

durch die hereingebrochene Krise ein wahrscheinlich lange andauernde Repression erfahren haben, der Spekulationshandel wieder die wohlthätigen Folgen äußern, die Michaelis von ihm aussagt? Wir glauben nicht, denn wir hegen die größten Zweifel, ob die Kriterien eines wohlthätigen Spekulationshandels, wie sie in dem von uns vorhin citirten Resultat der Michaelis'schen Untersuchungen enthalten sind, in gleicher Weise auf die Waaren- und auf die Effektspekulation passen. Vor Allem aber können wir nicht glauben, daß der Spekulation wirklich jene prophetische Sehergabe gegeben sei, welche eine verlässliche Meinung über die Zukunft erzeugt. Wohl ist es möglich, daß derjenige, welcher sich Jahre lang mit dem Rohproductenhandel beschäftigt, aus den Witterungsverhältnissen, aus den Erndteberichten und anderem positiven Material, eine annähernd richtige Meinung über die Zukunft sich bildet, denn hier handelt es sich um einige wenige Artikel, die fast nur von Naturereignissen abhängig sind. Wie ganz anders dagegen ist die Effektspekulation! Der Spekulant, welcher sich mit der Gründung neuer Unternehmungen befaßt, ruft diese in's Leben, ohne von ihrer geschäftlich technischen Natur die geringste Ahnung zu haben, und wer einigermaßen unsere heutigen Börsenleute mit ihrem beschränkten Gesichtskreise und ihrer fast völligen Unbekanntheit mit dem reellen Waaren- und Fabrikationsgeschäft kennt, traut ihnen am allerwenigsten die Gabe zu, eine verlässliche Meinung über die Zukunft solcher Unternehmungen bilden zu können. Nicht anders ist es bei der Subskription auf irgendwelche Anleihen. Hier hängt der zukünftige Preis von dem Kredit ab, den die borgende Person genießt. Wie unendlich schwer ist dieser wohl

bei tieferschütterten Staaten richtig zu schätzen! Unerwartete Ereignisse, die von dem der Diplomatie Fernstehenden nicht vorherzusehen sind, können alle Kombinationen in ihrer ganzen Richtigkeit zeigen, und auch in diesem Fall glauben wir daher, daß der Spekulant vor dem anderen Sterblichen nichts voraus hat. Außerdem darf man nicht vergessen, daß Jeder, welcher eine Kapitalanlage sucht, die mehr als den landesüblichen Zins bringt, selbst ein Spekulant ist und sich dessen bewußt sein muß. Denn durch eine solche Kapitalanlage bleibt man nicht einfacher Kapitalist, der für die übertragene Nutzung seines Kapitals durch den Zins entschädigt wird, sondern man wird zum Unternehmer und hat als solcher auch das geschäftliche Risiko zu tragen. Gerade aber deßhalb scheint es uns überflüssig, daß sich eine andere Spekulation noch dazwischen dränge, zumal wir gesehen, daß sie das Risiko nicht übernimmt, sondern nur den Gewinn in die Tasche steckt, die Verluste aber von sich selbst auf Andere abwälzt. Wir können daher diese Art von Spekulationsgeschäften nicht einmal als Spiel bezeichnen, da der Gründer die ungünstigen Chancen solcher Kapitalanlagen gewöhnlich nicht trägt, während doch beim Spiel wenigstens Gewinn und Verlust als Möglichkeiten sich gegenüberstehn.

Die ganze Kategorie übrigens dieser Spekulationsgeschäfte haben wir nur der Vollständigkeit wegen angeführt. Für die Steuerfrage selbst haben sie kein Interesse weiter, da nur bei ihnen die Emissionssteuer, die wir sub II. b angeführt haben und deswegen nicht nochmals zu begründen brauchen, in Betracht kommt. Viel wichtiger dagegen sind diejenigen Spekulationsgeschäfte, deren Objekt das bereits im Umlauf befindliche Werthpapier ist. Hier vor Allem macht

sich der Unterschied zwischen der Spekulation in Waaren und der in Effekten bemerkbar. Während bei dem Waarenhandel die Nachfrage von dem Bedarf der Konsumenten abhängig ist, und der Spekulation daher die Aufgabe zufällt, diesen Bedarf im Voraus zu vergleichen mit den vorhandenen Quantitäten an Waaren, bei etwaigem Mangel derselben für ihre rechtzeitige Heranschaffung von anderen Märkten zu sorgen, so hängt die Nachfrage bei dem einzelnen Effekt von dem Rentenwerthe ab, den man ihm zuschreibt, da das Kapital sich immer möglichst hoch rentiren will. Hier soll es nun wieder die Spekulation sein, welche die schwierige Aufgabe übernimmt, einen zuverlässigen Rentenwerth zu berechnen und dadurch einen wohlthätigen Einfluß auf die Preisbildung zu üben. Abgesehen davon, daß wir dem Spekulant die besondere Fähigkeit dazu, wie auch in dem vorigen Falle, absprechen, halten wir auch die Michaelis'sche Prämisse, daß das Kapital immer diejenige Anlage sucht, welche am meisten Gewinn bringt, nicht für absolut richtig, sondern wir glauben, daß man ebenso häufig die Sicherheit betont, und ihr zu Liebe sich mit mäßigem Zinse begnügt. Wohl wäre es nun denkbar, daß die weniger sicheren Papiere, die aber dafür eine größere Rente gewähren, in ihrer Werthbestimmung durch das Angebot und die Nachfrage des Spekulationshandels in wohlthätiger Weise beeinflusst werden, und wir glauben auch, daß dieser Fall sporadisch eintritt. Doch ist dies gar nicht das gewöhnliche Feld der Spekulation, vielmehr richtet sie sich auf eine ganz beschränkte Anzahl von Papieren, die durch ihre fortwährenden Schwankungen der Spielwuth hinreichende Nahrung gewähren. Von einer auch nur annähernd richtigen Voraussicht dieser Schwan-

kungen kann gar keine Rede sein, da dieselben vom Ertrage der Unternehmungen, wenn es sich um solche handelt, abhängig sind, und dieser nur den Leuten bekannt ist, welche zugleich an der Spitze der Unternehmung stehen, und dadurch auch in der Lage sind, den ganzen Markt in dem betreffenden Papier zu beherrschen, wie z. B. das Haus Rothschild in „Lombarden“ als Verwalter der „Vereinigten Süd-österreichischen, Lombardischen und Central-Italienischen Eisenbahngesellschaft“. Handelt es sich um Staatspapiere, oder doch solche, welche von dem politischen Horizont abhängen, so entzieht sich ihre Voransbestimmung erst recht jedem Raisonnement der Uneingeweihten. Wir können daher nicht umhin, diese Art von Spekulation, — und sie gerade weist die größten Umsätze an unseren Börsen auf, — als ein sinnloses Spiel zu bezeichnen, dem das Brandmal der gänzlichen Unproduktivität anhaftet.

Damit wäre denn auch die Frage nach der Besteuerung dieser Geschäfte durch eine Verkehrssteuer im bejahenden Sinne entschieden, wenn dem nicht ein Hinderniß entgegenstände. So sehr wir überzeugt sind, daß der größte Theil der heutigen Spekulationsgeschäfte nur dem Begriff des Spiels und der Wette unterzuordnen sind und daher nicht als regelmäßige Handelsgeschäfte, sondern als zufällige, außergewöhnliche Erwerbsgeschäfte angesehen werden müssen, so steht dem andererseits die Thatfache gegenüber, daß sie und namentlich ihre am meisten angegriffene Form, die Differenzgeschäfte, äußerlich nicht erfassbar sind. Jedes Differenzgeschäft hat die Form des gewöhnlichen Kaufgeschäftes, es lautet, wie dieses, auf Lieferung und Abnahme der Stücke. Die Geschäftsbücher eines Spekulanten sind denen eines wirklichen

Kaufmannes völlig gleich, kurz es fehlt uns jedes äußere Kriterium, um das Spekulationsgeschäft vom Handelsgeschäft zu unterscheiden. An dieser Form der Spekulationsgeschäfte scheitert nun auch die Möglichkeit einer besonderen Besteuerung derselben, und wir müssen die Idee, sie als Erwerbsgeschäfte sub II. a zu behandeln, die von Solchen gemacht werden, welche kein Gewerbe betreiben oder ein anderes, als das, aus dem sie den betreffenden Gewinn erzielen, schlechterdings aufgeben.

Aber, wird man fragen, wozu war diese ganze Auseinandersetzung nöthig? Es war doch gesagt worden, daß der Fall, in dem das Kriterium der Außergewöhnlichkeit des Geschäfts auf Seiten des Subjekts liegt, überhaupt ein selten erkennbarer, ein nur manchmal hinzutretendes Moment sei, die Hauptsache bleibt ja doch die Uebertragung von Theilen fixen Kapitals. Allein in diesem Falle ist mit dem letzteren Besteuerungsgrund auch nichts anzufangen, weil auch hier das äußere erfassbare Moment, die Uebertragung, bei dem überwiegenden Theile der Spekulationsgeschäfte, nicht vorhanden ist. Vor allen Dingen sind hier die Zeitgeschäfte zu nennen. Denken wir uns eine Reihe von Spekulanten von A bis Z, die auf einen bestimmten Termin eine Quantität von Effekten unter einander ge- und verkauft haben und zwar so, daß A. an B., B. an C., C. an D. u. s. w. zu liefern verpflichtet ist, so findet nach den an unseren Börsen üblichen Liquidationen unter all den vierundzwanzig Geschäften nur eine Uebertragung statt, die von A. an Z., während die Differenz, die zwischen dem Liquidationskurse und demjenigen, zu welchem die einzelnen Spekulanten ge- und verkauft haben, entsteht, zwischen den Betheiligten direkt

regulirt wird. Wenn man sich hier also an den Begriff der Kapitalsübertragung halten wollte, so würde man den weitüberwiegenden Theil der Spekulationsgeschäfte unbesteuert lassen müssen, denn die eigentlichen Differenzgeschäfte haben eben das Charakteristische, daß trotz der äußeren Form des Kaufgeschäftes keine Uebetragung stattfindet. So scheint es fast, als ob an der Spekulation unsere ganze Theorie zu Schanden werden sollte, und es bleibt in der That nichts weiter übrig, als diese Spekulationsgeschäfte, die ihrer Form nach Kaufgeschäfte, denen das Charakteristikum der Uebetragung fehlt, ihrem Inhalte nach zum größten Theil zufällige Erwerbsgeschäfte sind, für die Steuerfrage unter dem Gesichtspunkt der regulären Gewerbesteuer zu betrachten.

Die Gewerbesteuer ist, wie wir früher gesagt haben, diejenige Steuer, welche auf den Unternehmergewinn gelegt ist. Da nun die Spekulation äußerlich von dem reellen Handel nicht unterscheidbar ist, so ist die erstere in unseren heutigen Steuergesetzen einfach dem letzteren subsumirt und folglich auch derselben Steuer unterworfen worden. Die Gewerbesteuer selbst kann jedoch zwei verschiedene Formen haben. Entweder es wird jeder Gewinn dann besteuert, wann er gemacht wird, oder man schätzt den Ertrag der ganzen Unternehmung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes und macht diesen zum Steuerobjekt. Die erstere Art nimmt wegen der Unmöglichkeit, jeden einzelnen Gewinn seiner Höhe nach festzustellen, diesen in jedem einzelnen Falle als sich relativ gleichbleibend an und hält sich nur an den Umsatz, weswegen sie auch gewöhnlich Umsatzsteuer genannt wird. Wegen dieses entschiedenen Mangels ist die zweite Art der Gewerbesteuer, welche den wirklichen Ertrag der Unternehmung zu erfassen

sucht, fast ausschließlich durchgeführt und der Umsatzsteuer vorgezogen worden. Ihre Schwäche, die sie mit der Einkommensteuer gemeint hat, liegt in dem fehlerhaften Kataster, mag derselbe nun auf Selbstangabe oder auf Schätzung durch sachverständige Kommissionen beruhen. Dieselbe macht sich doppelt fühlbar, wenn es sich darum handelt, den Ertrag von Spekulationsgeschäften zu schätzen, da diese Schätzungen in der Regel nur ganz ungenügende, ja geradezu unmögliche sein können. Deshalb möchten wir befürworten, das ungenügende Resultat, das hier erlangt wird, dadurch einigermaßen zu modifiziren, daß man für die Spekulationsgeschäfte noch neben der zweiten auf die erste Art der Gewerbesteuer zurückgeht, und die Börsensteuer, die für den Spekulant eine Umsatzsteuer ist, als Supplement in Anwendung zu bringen. Es ist ja nicht ganz wegzuleugnen, daß hierdurch thatsächlich eine Doppelbesteuerung eintritt, allein es kann uns das wenig bedenklich machen, wenn wir erwägen, daß noch viele Belastungen des reellen Handels außer der Gewerbesteuer bestehen, z. B. die Wechselstempelsteuer, die, theoretisch viel weniger rationell als die Börsensteuer, doch unter dem Gesichtspunkt einer Ergänzung der nicht vollständig ihren Zweck erreichenden Gewerbesteuer gerechtfertigt werden. Haben wir es nun vollends mit dem Ertrage von Effektenpekulationen zu thun, die mehr oder weniger den Gesetzen des Spiels und der Wette folgen, so wird gerade durch die von uns vorgeschlagene Umsatzsteuer erst eine einigermaßen richtige Besteuerung herbeigeführt werden. Es wird ja bei dem Spekulant stets der Fall sein, daß er bald zu viel, bald zu wenig Steuer bezahlt, denn alle Ertragssteuern setzen bei ihren Schätzungen einen auf längere Zeit stabilen Ertrag

vorans, und eben diese Voraussetzung trifft bei den Spekulationsgeschäften nicht zu, so daß man hier in dem Umsatz ein besseres Steuerobjekt hat, als in dem nicht abschätzbaren Ertrage. Damit glauben wir die Frage nach der Berechtigung der Börsensteuer schließen zu können. Wir sahen, daß sie einmal theoretisch als Uebertragungssteuer von Theilen stehenden Produktivkapitals zu betrachten ist, zweitens daß sie häufig durch den Umstand gerechtfertigt wird, daß der Handel mit Effekten in vielen Fällen auch für Nicht-Kaufleute sich als Handelsgeschäft im Sinne des Artikels 271 des Handelsgesetzbuches qualifizirt, und daß sie endlich für die Spekulation den Charakter einer Umsatzsteuer hat, die als Supplement der mangelhaften Gewerbesteuer nothwendig ist. Wir wenden uns nun im folgenden Abschnitt zur Darlegung des Systems und der einzelnen Elemente der Börsensteuer.

II.

System der Börsensteuer.

Das System der Börsensteuer ergibt sich aus den vorhergehenden Erörterungen von selbst. Daraus, daß wir sie streng von dem fixen Gebührenstempel scheiden und den Verkehrsteuern unterordnen, geht bereits hervor, daß sie eine Werthstempelsteuer ist. Wir haben daher nur noch nöthig, die einzelnen Elemente des Systems, das Steuersubjekt, das Steuerobjekt, die Steuereinheit, den Steuerfuß und endlich den Modus der Erhebung der Reihe nach zu besprechen.

1) Das Steuersubjekt zunächst ist eine Zweierheit von Personen, bestehend aus den beiden Kontrahenten des außergewöhnlichen Erwerbsgeschäftes. Beide sind gleichmäßig an dem Zustandekommen des Geschäfts interessirt, für beide muß es einen Nutzen abwerfen, weil es sonst überhaupt nicht gemacht würde. Deshalb ist es auch billig, daß Beide die Steuer zu gleichen Theilen tragen. Die Kontrahenten selbst übrigens sind meistens beim Abschlusse des Geschäfts durch Kommissionäre, die Banquiers, vertreten, und wenn es sich, wie wir sehen werden, empfiehlt, die Steuer von diesen zu erheben, so ist dabei vorausgesetzt, daß sie sie wieder auf ihre Auftraggeber abwälzen. Nur rücksichtlich des

Spekulanten ist daher die Börsensteuer eine direkte Schätzung, in allen anderen Fällen ist sie eine indirekte, die zunächst von dem Banquier erhoben wird, welcher sie sich aber in seiner Spesenberechnung von seinen Kunden zurückerstatten läßt. —

2) Das Steuerobjekt ist der Werth der übertragenen Effekten. Daraus entsteht nun die Frage, ob das Effect seinem Nominal- oder seinem Kurswerthe nach besteuert werden soll. Auch hier macht sich der Dualismus zwischen reeller Kapitalanlage und reiner Spekulation geltend. Für Denjenigen, der nur eine Kapitalanlage sucht, ist einzig und allein die Rente, die ein Papier gewährt, wichtig, denn nach ihr richtet sich für ihn der Werth des Effects und zugleich auch der Marktpreis. Ganz gleichgiltig ist dagegen für ihn, was das Effect bei seiner Emission gekostet hat, der heutige Kurswerth repräsentirt für ihn den reellen Werth, und mit Recht kann er verlangen, daß dieser das Object der Besteuerung bilde. Ganz anders stellt sich die Sache beim Spekulant. Er will keine Kapitalanlage machen, er will kaufen und wieder verkaufen, und nur die Differenz, welche durch diese beiden Operationen entsteht, will er gewinnen. Aus diesem Grunde ist ihm die absolute Höhe des Kurses gleichgiltig, nur die relative, d. h. die Differenz zwischen Einkauf und Verkauf hat für ihn Bedeutung. Er kann an einem Papier, das im Kurse von 50 auf 52 steigt, genau so viel verdienen, wie an einem anderen, das von 100 auf 102 geht, denn nur in der Differenz besteht seine Gewinn- und Verlustchance; das Effect selbst zu liefern oder abzunehmen hat er überhaupt nicht die Absicht und meistens auch nicht die Mittel. Da es nun also beim Spekulations-

geschäft auch nicht im Entferntesten möglich ist, von dem Umsatze irgend einen Schluß auf den Ertrag zu machen, so würde, wollte man hier einfach nach dem Kurswerth besteuern, nur erreicht werden, daß sich die Spekulation auf die niedrigstehenden Papiere stürzt, um der lästigen Steuer so viel als möglich aus dem Wege zu gehen. Das Beste wäre daher, die Spekulationsgeschäfte nach dem Nominalwerthe der übertragenen Effekten zu besteuern, damit die Richtung der Spekulation nicht künstlich verändert werde. Dem steht wiederum entgegen, daß wir für die reelle Kapitalanlage den Kurswerth als das richtige Steuerobjekt erklären mußten, und da wir bereits früher hervorgehoben, daß beide Arten von Geschäften äußerlich nicht zu unterscheiden sind, und wir uns also gezwungen sehen, für beide eine einheitliche Norm der Besteuerung aufzustellen, so fragt es sich, welche von beiden Erwägungen, ob die vom Standpunkt der Kapitalanlage, oder die vom Standpunkt der Spekulation, maßgebend sein soll. Wir glauben, daß zur Entscheidung dieser Frage vorerst festgestellt werden muß, welche von beiden Geschäftsarten ihrem Umfange nach bedeutender ist, und wenn auch natürlich jede Statistik darüber fehlt, so können wir uns doch auf andere Weise leicht ein Urtheil darüber bilden. In der That folgt schon aus den Verhältnissen unseres heutigen Börsenverkehrs, daß die Effektenpekulation dem reellen Effektenhandel an Umfang überlegen sein muß. Die Liquidationsvereine für Zeitgeschäfte, die an allen größeren Börsen bestehn, sind ja ein beredtes Zeugniß dafür, daß wirkliche Lieferungen und Abnahmen von Stücken den seltneren Fall bilden, und gerade darin besteht ihr Zweck und ihr Erfolg, daß durch eine

einzigste Lieferung oder Abnahme eine ganze Anzahl von Zeitgeschäften ihre Erledigung findet. Ein anderer Grund dafür, daß der Spekulationsumsatz den reellen dem Umfange nach übertrifft, liegt überhaupt schon darin, daß zum letzteren ein zur wirklichen Abnahme ausreichendes Kapital vorhanden sein muß, während der Spekulant seinen Umsatz so weit ausdehnen kann, als sein Vermögen die etwa entstehende Differenz zu decken im Stande ist. Weil uns aus diesen Gründen die Spekulationsgeschäfte alle anderen an Umfang zu überreffen scheinen, möchten wir dasjenige Steuerobjekt, das uns für sie als das richtige erschien, den Nominalwerth, auch für alle Effektenübertragungen als das geeignetste erklären. Wahr bleibt ja, daß der reelle Käufer in einem Falle dadurch geschädigt wird, nämlich dann, wenn das gekaufte Effekt unter pari steht, da hier der Kurswerth günstiger für ihn wäre; dafür ist aber auf der anderen Seite der Nominalwerth für ihn vortheilhafter, wenn es sich um ein Papier handelt, das im Kurse über den letzteren gestiegen ist. Ziehen wir noch in Betracht, daß auch für die steuertechnische Seite der Nominalwerth mit seinen runden Zahlen dadurch einen Vortheil gewährt, daß er eine leichtere Rechnung ermöglicht, so dürfte uns auch dies nicht unwesentlich dazu bestimmen, ihm als Steuerobjekt vor dem Kurswerth entschieden den Vorzug zu geben.

3) Die Steuereinheit ist demgemäß eine Decimalstelle des Nominalwerthes, und zwar empfiehlt es sich als niedrigste Steuereinheit Hundert Mark anzunehmen, da es wohl kaum jemals Effekten unter diesem Nominalbetrage in Zukunft geben wird. Jeder diese Steuereinheit um ein Bruchtheil derselben übersteigende Betrag muß der Bequemlichkeit wegen

als neue, volle Steuereinheit gerechnet werden. Dasselbe Verfahren ist bei denjenigen Effekten zu beobachten, die auf eine ausländische Währung lauten. Dieselben müssen ihrem Nominalbetrage nach in deutsche Reichsmark nach den an der Börse für diese Umrechnungen üblichen Normen verwandelt und die überschießenden Bruchtheile als neue Steuereinheit behandelt werden.

4) Der Steuerfuß ist eine Quote der Steuereinheit oder mit anderen Worten ein Procentsatz des Nominalbetrages. Für die Höhe desselben könnten zwei Analogien maßgebend sein, nämlich erstens der Steuerfuß der regulären Gewerbesteuer, zweitens der anderer Verkehrssteuern, insbesondere derjenigen, welche der Börsensteuer am nächsten verwandt ist, der Steuer auf den Besitzwechsel von Immobilien. Allein nach der ersteren läßt sich deshalb gar nichts feststellen, weil man bei der regulären Gewerbesteuer nur den Reinertrag kennt und nicht den Umsatz, und sich demgemäß ihr Steuerfuß auch auf den ersteren bezieht. Nun gestattet aber beim Effektenhandel der Reinertrag durchaus keinen Schluß auf die Größe des Umsatzes, und umgekehrt der Umsatz keinen Schluß auf die Größe des Reinertrages, so daß man in Folge dieses Mangels jedes rechnerischen Verhältnisses beider unmöglich aus dem Steuerfuß der Gewerbesteuer den für die Börsensteuer konstruiren kann. Uebrigens haben wir in Deutschland nicht einmal eine so rationelle Gewerbeeinkommensteuer, wie wir sie eben nach englischem Muster vorausgesetzt haben, sondern sehr complicirte Systeme, die sich für unseren Zweck gar nicht verwerten lassen. So ist z. B. die preussische Gewerbesteuer

eine Repartitionssteuer und ist daher mit der Börsensteuer, die eine Quantitätssteuer ist, in keiner Weise zu vergleichen.

Auch die andere Analogie hilft uns sehr wenig. Die Verkehrssteuern auf die Uebertragung des unbeweglichen Eigenthums sind in den meisten Gesetzgebungen so ungebührlich hoch (in Preußen z. B. 1 pCt. des Werthes), daß eine Hiniibernahme dieses Steuerfußes in die Börsensteuer wenig empfehlenswerth erscheint. Ganz mit Recht hebt auch Stein hervor, daß man der Umgehung einer Verkehrssteuer dadurch am besten vorbeugt, daß man den Steuerfuß niedrig annimmt, da sonst der Verkehr zu sehr belastet wird, ja bisweilen ein Produktionszweig völlig brach gelegt werden kann. Da wir nun also den Steuerfuß der Börsensteuer nicht aus den beiden von uns angeführten Analogien ableiten können, bleibt uns nichts weiter übrig, als ihn unabhängig von ihnen anzunehmen. Der Entwurf des Bundesrathes, den wir weiter unten noch ausführlicher besprechen werden, schlug für jedes Geschäft von Dreihundert Reichsmark und darüber eine Steuer von fünf Silbergroschen vor, und wir glauben, daß dieser Steuerfuß, welcher in jenem Entwurfe ein fixer Stempel ist, sich auch mit einer kleinen Veränderung als Werthstempel, d. h. $\frac{1}{6}$ pCt. verwenden läßt. Der Entwurf hat nämlich alle Geschäfte unter Hundert Thaler oder Dreihundert Mark steuerfrei gelassen. Da wir jedoch Hundert Mark als niedrigste Steuereinheit angenommen haben, so dürfte der bequemerer Rechnung wegen ein Fünftel vom Hundert des Nennwerthes vorzuziehen sein.

5) Die Erhebung der Börsensteuer geschieht unter den heutigen Börsenverhältnissen am besten durch den Stempel. Die Schlußnoten, sowohl die der vereideten Makler,

als auch diejenigen, die ohne ihre Vermittlung gewechselt werden, müssen entweder auf gestempelten Blanquets geschrieben sein oder es wird eine überschriebene Stempelmarke ihnen aufgeklebt. Das complicirte System von Strafbestimmungen, welches die deutschen Gesetzgebungen für die Stempeldefraudationen aufweisen, auch hier zur Anwendung zu bringen, möchten wir nicht rathen, da es meistens nur den Erfolg hat, daß einige Uebertreter hart bestraft werden, während die große Mehrzahl derselben gar nicht zur Cognition der Behörden gelangt. Vielmehr möchten auch wir auf den oft gemachten Vorschlag verweisen, wonach besondere Strafen gar nicht existiren sollen, ungestempelten Dokumenten aber jede Beweiskraft entzogen ist.**) Für die Schlußnoten muß allerdings dabei vorausgesetzt werden, erstens daß ihre Anwendung zum Abschluß eines giltigen Geschäfts obligatorisch ist, und zweitens, daß sie im Falle der Stempeldefraudation nicht nur im ordentlichen Civilprozeß, sondern auch im Schiedsverfahren vor dem Börsengericht ihrer Beweiskraft verlustig gehu.

Wir haben gesagt, unter den gegenwärtigen Börsenverhältnissen halten wir die Steuererhebung durch den Stempel für die beste, und diese Einschränkung hat ihren Grund darin, daß von vielen Seiten in Folge der üblen Erfahrungen der letzten Krisis Vorschläge zur Reform des heutigen Zustandes gemacht worden sind.**)

*) Diese Einrichtung besteht bereits in England, daneben jedoch noch Strafen. Cf. Voße, Geschichte der Steuern des britischen Reiches, 1866, Seite 248.

**) Vergl. hauptsächlich: Newwirth, Bank und Valuta in Oesterreich-Ungarn. Zweiter Band: Die Spekulationskrisis von 1873. Leipzig 1874, Seite 311 ff. Gareis, die Börse und die Gründungen nebst Vorschlägen zur Reform des Börsenrechts und der Aktiengesetzgebung, Berlin 1874.

sind es, wo die Reform ansetzen soll, die bestehende Aktien-
gesetzgebung und das heutige Börsenrecht. Durch eine Um-
gestaltung der ersteren auf Grundlage der von Wiener
besonders empfohlenen, sogenannten Prospekttheorie hofft man
eine größere Verantwortlichkeit der Gründer herbeizuführen
und dadurch dem Entstehen unsolider Aktienunternehmungen
vorzubeugen, während man eine Reform des letzteren in
dem Sinne herbeiwünscht, daß die Börse mehr korporativ
gestaltet und dadurch auf eine solidere und auch moralisch
bessere Basis gestellt wird. Zu letzterem Zwecke verlangt
man ein Börsengesetz, in dem die ganze Organisation der
Börse neu regulirt wird und zwar in der Weise, daß erstens
die Börsenfähigkeit, d. h. das Recht an der Börse Geschäfte
zu machen, an gewisse persönliche Voraussetzungen, namentlich
Unbescholtenheit und Vorhandensein eines gewissen Vermögens
geknüpft wird, zweitens, daß die Geschäfte selbst gesetzlich
näher definirt und mit voller Klagbarkeit ausgerüstet werden,
drittens, daß dem Spruche des Börsengerichts exekutive
Kraft zukomme, und viertens endlich, daß für alle Geschäfte
eine bestimmte Form geschaffen werde, die Schlußnote des
vereideten Maklers, anders oder gar nicht vermittelte Ge-
schäfte dagegen für ungiltig erklärt und dadurch unmöglich
gemacht werden sollen. Die letztere Forderung, welche für
uns von besonderer Wichtigkeit ist, wird von Newwirth
hauptsächlich deshalb gestellt, weil die Evidenzhaltung aller
an der Börse geschlossenen Geschäfte im Interesse der Pflege
einer verlässlichen Statistik liege, und diesem öffentlichen
müsse sich jedes private Interesse unterordnen. Sollte der
Gesetzgeber nun wirklich die Absicht haben, diese Forderung
zum Gesetz zu erheben, so wäre der Zeitpunkt seines Er-

lasses zugleich auch der glücklichste für die Einführung der Börsensteuer. Denn dann brauchen wir nicht wieder auf das Stempelwesen zurückzugreifen, sondern diejenigen Leute, ohne deren Vermittlung überhaupt kein giltiges Geschäft zu Stande kommen kann, können gleichzeitig mit der Erhebung der Steuer betraut werden. Eine besondere Belastung der vereideten Makler kann darin gewiß nicht geschn werden, da sie den Steuerbetrag mit der Courtage zugleich erheben können und ihre amtlichen Journale (H. G. B. Art. 71) jede weitere Buchführung überflüssig machen. Daß die letzteren zu gleicher Zeit auch eine vorzügliche Controle von Seiten der Finanzverwaltung ermöglichen, dürfte klar sein und ebenfalls dazu beitragen, diesem direkten Erhebungsmodus den Vorzug vor dem Stempel zu geben.

Damit haben wir die Grundzüge einer Börsensteuer im Sinne einer wirklichen Verkehrssteuer zu entwerfen versucht. Leider fehlt bis jetzt eine jede Durchführung dieser Prinzipien in der Praxis, da keine einzige Gesetzgebung eine rationelle Börsensteuer aufweist. Wo überhaupt eine Besteuerung des Effektenhandels besteht, erhebt sie sich nirgends über das Niveau eines fixen Stempels auf Schlusnoten, wie z. B. in England, wo sie zu den Pennysteuern gehört. *)

Auch von der deutschen Reichsregierung ist, in richtiger Erkenntniß, daß sich Verkehrssteuern nur für ein großes, gemeinsames Wirtschaftsgebiet auferlegen lassen, in neuerer Zeit zweimal der Vorschlag gemacht worden, die Schlusnoten einer Stempelsteuer zu unterwerfen, und da diese

*) Vergl. Voße, Geschichte der Steuern des britischen Reiches Seite 247.

Vorschläge hoffentlich nur vorläufig ad acta gelegt sind und man sie jedenfalls bei der Wiederaufnahme der Börsensteuerfrage zum Ausgangspunkt nehmen wird, möchten wir dieselben noch kurz besprechen. *)

Der erste dieser Vorschläge war ein Gesetzentwurf vom Jahre 1869, gelangte aber damals nicht zur Erledigung und ist erst wieder im Jahre 1873 mit einigen Modificationen von der Kommission, welche mit der Berichterstattung über die Aufhebung der Salzsteuer betraut war, aufgenommen worden. Die Bestimmungen desselben sind folgende:

- I. Einer Stempelabgabe von $2\frac{1}{2}$ Sgr. unterliegen:
 - a) Alle Schlußnoten und demähnliche Dokumente über den Abschluß von Geschäften in Waaren und Werthpapieren, wenn das Geschäft einen Gegenstand von 300 Mark und darüber betrifft.
 - b) Alle Rechnungen, Conti, Contoforrente u. über Geschäfte in Wechseln und Werthpapieren, aber nicht in Waaren.
- II. Alle Lombarddarlehne unterliegen einer Stempelabgabe von $\frac{1}{2}$ pro mille der dargeliehenen Summe, wenn dieselbe 300 Mark oder mehr beträgt.
- III. Von allen inländischen Aktien, Aktienantheilscheinen und ohne Cessioninstrumente übertragbaren Renten- und Schuldverschreibungen ist in Zukunft eine Stem-

*) Reichstagsverhandlungen von 1869, Bd. III, Aktenstück No 192, desgleichen von 1873, Bd. IV, Aktenstück No. 128. Vergl. darüber auch: Adolf Wagener, das Reichsfinanzwesen, in Holtendorfs Jahrbuch, III. Jahrbuch, Erste Hälfte, Seite 209—212.

pelabgabe von $\frac{1}{2}$ Prozent des Nennwerthes zu entrichten. Ausgenommen sind davon

- a) die Renten- und Schuldverschreibungen des deutschen Reiches, der Bundesstaaten und der öffentlichen Sparkassen.
- b) die Aktien und Aktienantheilscheine der ausschließlich auf wohlthätige oder gemeinnützige Zwecke gerichteten Gesellschaften.

Quittungsbogen und Interimscheine sind 3 Jahre lang nicht stempelspflichtig. Ist bis dahin die Einzahlung nicht voll erfolgt, so unterliegen sie dem Stempel auf Höhe der eingezahlten Summe.

- IV. Ausländische Werthpapiere, welche innerhalb des Bundesgebiets zur Zeichnung aufgelegt oder ausgegeben werden oder deren Inhaber die Zahlung der Zins- und Dividendenscheine bei inländischen Einlösestellen zu fordern berechtigt sind, unterliegen einer Stempelabgabe von $\frac{1}{2}$ Prozent des Nennwerths.

Wenn wir in eine Beurtheilung dieses zweiten, vom Bundesrathe übrigens nicht acceptirten Entwurfes unter dem Gesichtspunkte der von uns entwickelten Theorie eintreten, so kann dieselbe nicht sehr günstig ausfallen. Um es kurz zu sagen, steht der Entwurf nicht auf dem wissenschaftlichen Standpunkt der Verkehrssteuer, sondern auf dem des alten fiskalischen Stempels. Wenn die Motive dies mit den Worten zu rechtfertigen suchen: „Es ist ohne Weiteres einzuräumen, daß die täglichen Abschlüsse im Börsen- und Bankverkehr nicht dazu geeignet sind, um mit hohen, nach dem Werthe des Umsatzes bemessenen Werthstempelabgaben, wie sie z. B.

bei dem Verkaufe von Immobilien fast überall erhoben werden, belastet zu werden“, so scheint uns dies durchaus nicht zutreffend zu sein. Es kommen im Gegentheil bei dem regelmäßigen Effktengeschäft täglich Nebenspesen vor, die nach Prozenten vom Umsatz berechnet werden, wie die Courtage des Maklers, die Provision des Banquiers, und wir können nicht einsehen, warum die nach demselben Prinzip berechnete Steuer die Börsengeschäfte mehr erschweren soll, als die eben genannten Nebenkosten. Wenn der Entwurf ferner nicht nur die Schlußnoten des Effktenhandels, sondern auch die des Waarenhandels besteuert, so liegt darin eine Verkenning des tiefgreifenden Unterschiedes beider. Im Handel mit Waaren macht nur der Produzent und der Zwischenhändler ein wirkliches Geschäft, nicht der letzte Abnehmer, der Konsument. Das Effkt dagegen wird überhaupt nicht konsumirt, es ist ein Theil fixen Kapitals, in dessen Uebertragung ein Erwerbsgeschäft liegt, das man eben deswegen mit Recht besteuert, während eine nochmalige Besteuerung eines Waaren- geschäfts neben dem schon von der Gewerbesteuer erfaßten Gesamtertrage des ganzen Unternehmens eine nicht zu rechtfertigende Doppelbesteuerung enthält. Ebenso wenig können wir uns mit dem Stempel auf Quittungen, Rechnungen u. s. w. einverstanden erklären, den wir schon früher als wenig rationell bezeichnen mußten. Was den zweiten Punkt des Gesetzentwurfes, die Besteuerung der Lombarddarlehne, betrifft, so können wir dieselbe nur dann rechtfertigen, wenn der Lombardschein von seinem Inhaber schon vor dem Termine seiner Fälligkeit zum Zwecke einer Zahlung cedirt wird, da nur in diesem Fall ein Werthgewinn entsteht. In dem Lombardiren selbst liegt für den Darlehensempfänger sicher sonst

kein Gewinn, während der Ertrag, den es dem Darleiher abwirft, schon in der Gewerbesteuer der Bankgeschäfte getroffen ist. Unter III. und IV. endlich haben wir es mit der auch von uns befürworteten Emissionssteuer zu thun. Auch halten wir es für richtig, wenn der Gesetzgeber diesen Bestimmungen nicht, wie in dem Entwurfe von 1869, eine rückwirkende Kraft verleihen wollte, sondern sie erst auf zukünftige Emissionen angewendet wissen will.

III.

Die wirthschaftliche und moralische Wirkung der Börsensteuer.

Zu unserem ersten Abschnitt haben wir die Börsensteuer theoretisch zu begründen versucht, indem wir zuerst zeigten, daß die Verkehrssteuern eine nothwendige Ergänzung der Ertragsteuern seien und dann, daß, einmal die Verkehrssteuer im Prinzip zugegeben, die Konsequenz einer Besteuerung des Effektenhandels aus Gründen der Logik und der Gerechtigkeit unvermeidlich sei. Allein die Gerechtigkeit einer Maßregel kann in wirthschaftlichen Fragen nur dann entscheidend sein, wenn wir auch zugleich beweisen können, daß ihre Durchführung der Volkswirtschaft zum Mindesten nicht schaden würde. Wir müssen daher gewissenhaft prüfen, ob die Börsensteuer dem Effektenhandel wirklichen Nachtheil zuzufügen im Stande ist, und aus der lebhaften Opposition, welche sich bisher immer aus Interessententreiben gegen sie erhoben hat, sollte man dies fast schließen.

Betrachten wir indeß die Sache objektiver, so läßt sich auch nicht der mindeste Anhalt für diese Befürchtungen entdecken.

Stellen wir uns zunächst einen Kapitalisten vor, der sich entschlossen hat, sein Geld in Effekten anzulegen. Ihm ist es um die Rente zu thun, es muß also bei ihm die Absicht eines längeren Besizes vorausgesetzt werden. Ist es



glaubhaft, daß er auf den Erwerb eines Effekts, von dem er sich eine nachhaltige und gute Rente verspricht, nur halb verzichten wird, weil er einmal eine mäßige Steuer dafür zu entrichten hat? Steht ihm nicht, wenn er sein Vermögen etwa in Grundstücken oder Hypotheken anlegen wollte, dieselbe Eventualität bevor? Hat die Steuer jemals den lebhaften Verkehr in letzteren irgendwie gehindert? Die gewissenhafte Beantwortung dieser Fragen läßt keinen Zweifel an der Statthaftigkeit der Börsensteuer dem Kapitalisten gegenüber übrig.

Aber die Spekulation! Sollte sie nicht den Todesstoß durch die Börsensteuer erhalten? Wir bedauern, die Frage verneinen zu müssen. Denn einmal sind die Steuerbeträge bei den kleinen Umsätzen der „Koulisse“ zu unbedeutend, um schwer empfunden zu werden, während sie bei den größern Spekulationen dagegen zwar zu beträchtlichen Summen anwachsen, aber doch immerhin verschwinden gegen die voraussichtlichen Gewinne und Verluste, die mit dergleichen Operationen verbunden sind. Aber selbst wenn man letztere Ansicht nicht theilt, muß man wenigstens zugeben, daß der Staat das, was sonst gut und gerecht ist, deshalb nicht zu thun unterlassen darf, weil dadurch gewisse Leute in ihrer völlig unproduktiven Berufsthätigkeit beschränkt werden. Ein solches Bärtlichkeitsgefühl wäre den gewissenlosen Börsenspekulanten gegenüber am wenigsten angebracht, vielmehr müßte es als eine Wohlthat betrachtet werden, wenn es der Steuer gelänge, die spekulativen Ausschreitungen einigermaßen zu zügeln.

Halten wir somit die Börsensteuer aus den eben genannten Gesichtspunkten geschäftlich für unschädlich, so müssen

wir sie aus einem anderen Grunde sogar als für die Volkswirtschaft dringend erwünscht erklären. Es ist oft hervorgehoben worden, daß vor Allem die Statistik berufen sei, durch regelmäßige Veröffentlichungen von Angebot und Nachfrage, Produktion und Konsumtion u. s. w. den Markt übersichtlich zu machen und dadurch den verheerenden Handelskrisen in wirksamer Weise vorzubeugen. Aber gerade die Börse, die gewöhnlich durch ihre Ueberpekulationen den ersten Anlaß zu derartigen wirtschaftlichen Krankheiten giebt, ist bis jetzt in statistischer Beziehung ein völlig unerschlossenes Gebiet, dessen Eröffnung sich auf dem Wege der Besteuerung der einzelnen Geschäfte auf das Einfachste herbeiführen ließe und eine Lücke in unserer Kenntniß ausfüllen würde, deren Vorhandensein Wissenschaft und Praxis gleich schmerzlich empfinden.

Aber über diese voraussichtlich günstige volkswirtschaftliche Wirkung stellen wir noch die moralische, die die Einführung der Börsensteuer im gegenwärtigen Augenblick hervorbringen würde. Schon lange ist im großen Publikum das Bewußtsein lebendig gewesen, daß die Börse in der Steuerfreiheit des Effektenhandels ein ungerechtfertigtes Privileg genieße. Dieses Gefühl macht sich jetzt um so stärker geltend, als man die Börse anklagt, durch ihre sinnlose Spielwuth und ihren betrügerischen Gründungsschwindel die gegenwärtige wirtschaftliche Kalamität herbeigeführt zu haben. Viele Stimmen verlangen daher die Börsensteuer als eine Züchtigung der Börsianer, die diese nach ihrer Auffassung reichlich verdient haben.

Ohne uns selbst diese leider nur zu begreifliche, feindselige Stimmung gegen die Börse aneignen zu wollen, scheint

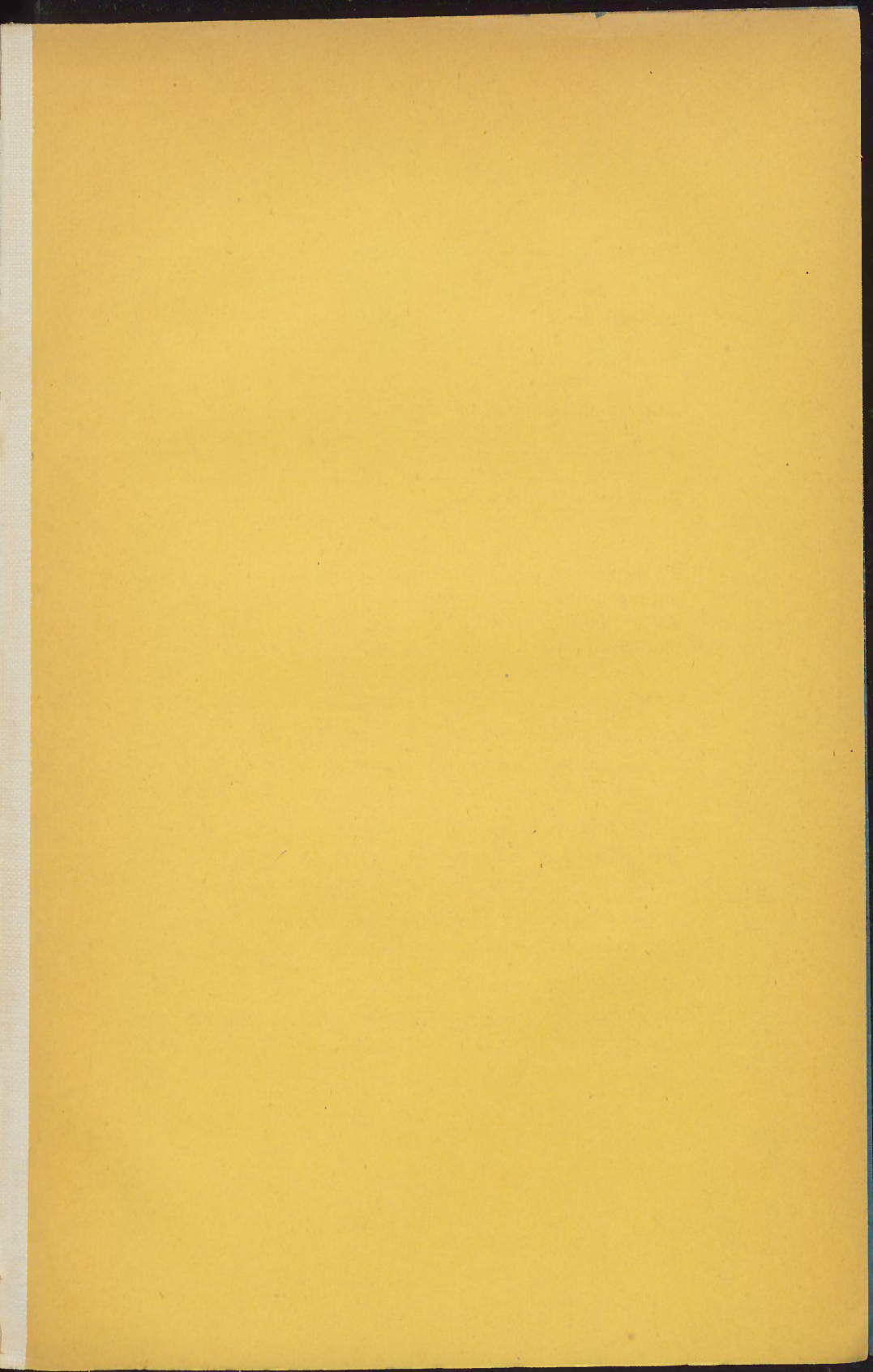
uns vielmehr die Börsensteuer aus einem viel schwerer wiegenden Grunde ihre große moralische Bedeutung zu haben. Es ist nicht wegzulängnen, daß, so lange der Staatsbedarf hauptsächlich durch Verbrauchssteuern gedeckt wird, die ärmeren Volksklassen ungleich schwerer belastet sind, als die besitzenden. Ferdinand Lassalle's geistvolle Schrift über „die indirekte Steuer und die Lage der arbeitenden Klassen“ ist noch heute das Hauptagitationsmittel für alle Diejenigen, welche speziell an unserer Steuerverfassung die Ungerechtigkeit des heutigen Staates den Besitzlosen gegenüber beweisen wollen. Je mehr wir nun überzeugt sind, daß die Verbrauchssteuern trotz aller gegen sie in's Feld geführten Argumente zur Zeit unentbehrlich sind und noch lange bleiben werden, um so größer erscheint uns die Verpflichtung des Staates, durch eine rationelle Ausbildung der Ertrag- und Einkommensteuern die „Progression nach unten“ einigermaßen auszugleichen. Die Einführung der Börsensteuer, die eine ungerechtfertigte Lücke in unserem Steuersystem ausfüllen würde, könnte als das erste Anzeichen betrachtet werden, daß der Staat sich dieser seiner Verpflichtung bewußt wird und auch nicht das leiseste Gefühl einer Bevorzugung irgend welcher Klassen oder Stände des Volkes aufkommen lassen will.

Somit erscheint es uns in jeder Beziehung erfreulich, daß die Reichsregierung nach übereinstimmenden Nachrichten in der nächsten Session des Reichstages auf's Neue eine Börsensteuervorlage einbringen will. Daß die Interessenten kein Mittel unversucht lassen werden, dies Projekt auch diesmal wieder zu Falle zu bringen, versteht sich von selbst. Hat man sich doch nicht gescheut, sogar an den Partikularismus zu appelliren, indem man sich zu zeigen bemühte,

daß nur gewisse Bundesstaaten, ja sogar nur gewisse Orte von der Börsensteuer getroffen würden. Diese Behauptung ist wenigstens für den reellen Effektenhandel genau so richtig, als wenn man aus der Tabaksteuer eine einseitige Belastung der Pfalz und anderer tabakbauender Länderstriche herleiten wollte. Allerdings sind unsere großen Börsen Berlin, Hamburg, Frankfurt die Märkte für den Effektenhandel, die Abnehmer der Waare jedoch sind über ganz Deutschland verbreitet und können daher der Steuerüberwälzung schwerlich sich entziehen. Ja nicht einmal das Differenzenspiel ist auf die Bewohner der Börsenplätze beschränkt, sondern der Telegraph sorgt dafür, daß auch Aufträge von außerhalb schnell und prompt besorgt werden.

So wollen wir denn hoffen, daß unsere gesetzgebenden Faktoren durch die lebhafteste Opposition, die sich gegen das neue Steuerprojekt erheben wird, sich nicht beirren lassen, sondern durch Einführung einer rationellen Börsensteuer, beruhend auf den Prinzipien der Verkehrsteuer, einen längst nothwendig gewordenen Akt der Gerechtigkeit vollziehen werden. Wie der alte deutsche Gesamtstaat durch die zahlreichen Exemptionen privilegirter Stände von allen Staatsleistungen zu Grunde ging, so muß umgekehrt das neu erstandene Reich, um seine Größe und Einheit zu bewahren, Rechte und Pflichten aller seiner Unterthanen mit gleichem Maaße messen, denn nur in dem Streben nach Gerechtigkeit liegt die sichere Gewähr für die dauernde Zufriedenheit und das harmonische Zusammenwirken aller einem gesunden Volksleben nothwendigen Kräfte.

Druck von G. Bernstein in Berlin.



In demselben Verlage ist erschienen:

Die Finanzen Frankreichs nach dem Kriege von 1870—71 von L. von Hirschfeld. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Ad. Wagner. Preis 2 M. 80 Pf.

Die Fettelbankreform im Deutschen Reiche. Kritik des Bankgesetzentwurfs des Reichskanzleramts, nebst formulirtem Gegenvorschlag, von Professor Dr. Adolph Wagner. 12½ Bogen, gr. 8. Preis 4 M.

Staatspapiergeld, Reichs-Kassenscheine und Banknoten. Kritische Bemerkungen und Vorschläge zu der Vorlage im Reichstage betreffend die Ausgabe von Reichs-Kassenscheinen, von Prof. Dr. Adolph Wagner. 58 S. Preis 1 M. 50 Pf.

Die Reform der Finanzen, aus den Veröffentlichungen des Cobden-Clubs von L. E. C. Leslie. Deutsch von Brömel. Preis 1 M. 20 Pf.

Die Geldreform von Aug. Eggers. Mit 4 Kart. Pr. 3 M.

Aufangsgründe der Volkswirtschaft von E. S. Kiehl. 2. Auflage. Preis 1 M. 50 Pf.

Das Münzwesen auf einheitlicher Grundlage. Von J. Meyer. 80 S. Preis 1 M. 20 Pf.

Essays on law reform, commercial policy, banks, penitentiaries etc. in Great Britain and the United States by Prof. J. L. Tellkamp. Second edition. Preis 2 M.

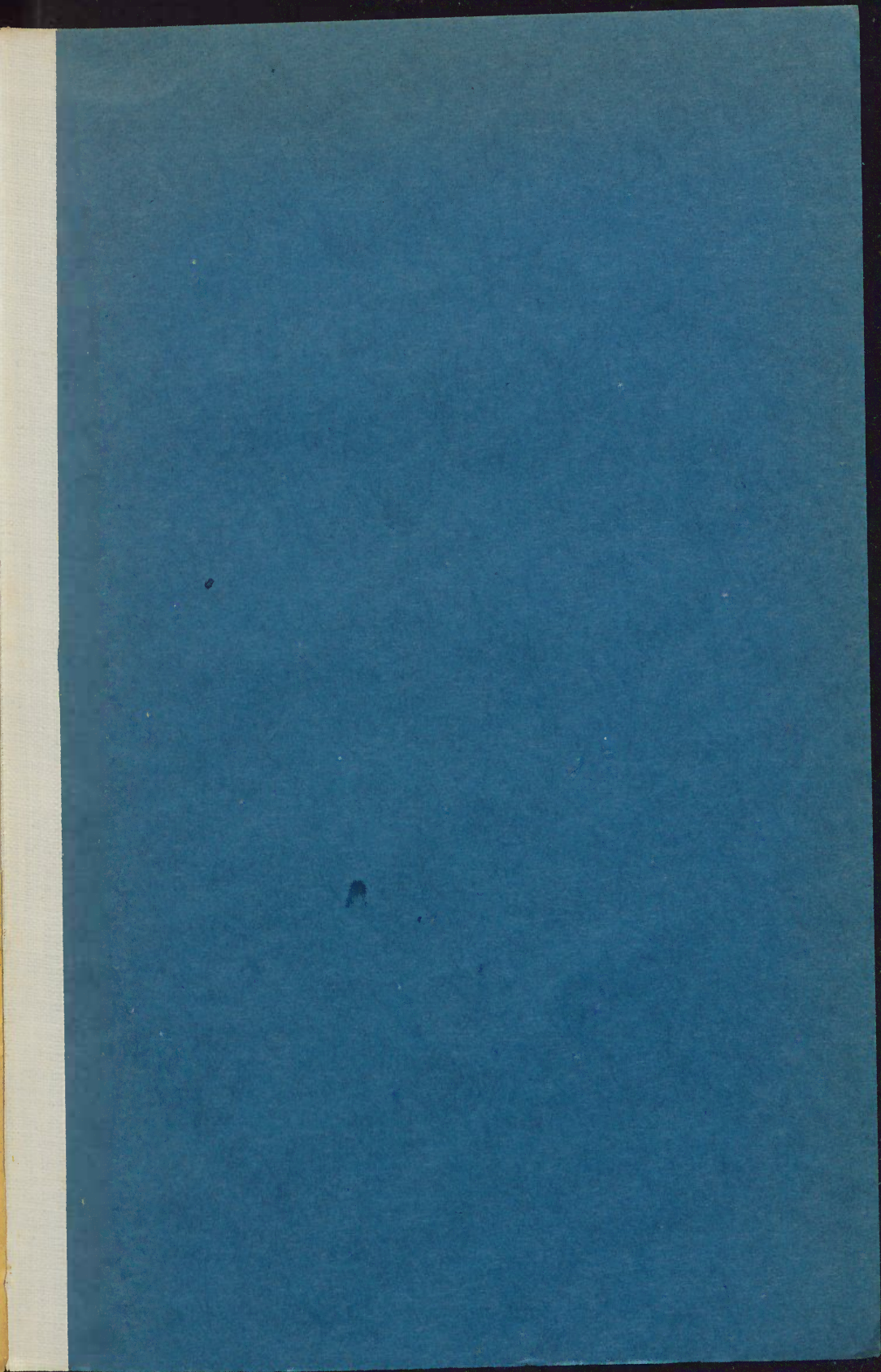
Die Schlagwörter Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit in ihrer ethischen, socialen und politischen Anwendung beurtheilt von James Fitzjames Stephen. Aus dem Englischen übersetzt von Ernst Schuster. Preis 4 M.

Geldmacht und Socialismus. Einzelne Schlagfchatten auf die innere Politik des Fürsten Bismarck, mit Original-Correspondenzen desselben. Von D. von Dieß-Daber. 2. Auflage. 107 S. Preis 2 M.

Der Arnim'sche Prozeß. Stenographische Berichte über die wider den Grafen Harry von Arnim geführten Verhandlungen. Mit Aktenstücken. 488 S. geh. Preis 3 M.

Compendium des Europäischen Völkerrechts. Lehrbuch und Repetitorium von Dr. Quarritsch. 2. völlig umgearbeitete Auflage. Preis 2 M.

Druck von G. Bernstein in Berlin.





206\$08126410